

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several larger red dots scattered throughout, creating a pattern that resembles a stylized map or a data visualization.

Abstrafung des politischen Establishments

Zu den Präsidentschaftswahlen in Polen

ROLAND FEICHT / BARBARA SZELEWA

Juni 2015

- Andrzej Duda, der junge Überraschungskandidat der Oppositionspartei PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, dt. Recht und Gerechtigkeit) und ihres Vorsitzenden Jarosław Kaczyński, besiegte in den Präsidentschaftswahlen überraschend den Favoriten, den von der Regierungspartei PO (*Platforma Obywatelska*, dt. Bürgerplattform) unterstützten amtierenden Staatspräsidenten Bronisław Komorowski.
- Eine noch größere Überraschung als der Sieg Dudas im ersten Wahlgang bot das Ergebnis des Rockmusikers Paweł Kukiz, der ein Fünftel aller Wählerstimmen erhielt. Der Parteilose überzeugte mit seinen konservativen, rechtspopulistischen Ansichten vor allem junge Menschen und die in Polen große Gruppe der gegenüber der Politik- und Medienelite misstrauischen Bürger_innen.
- Das für viele Beobachter festgefügt erscheinende polnische Parteiensystem ist bei diesen Wahlen von den national-konservativen und rechtspopulistischen politischen Kräften aufgebrochen worden. Die national-konservative PiS versucht nunmehr, die sie begünstigende Dynamik zu nutzen und bei den kommenden Wahlen zum Sejm (Parlamentswahlen) im Herbst stärkste politische Kraft zu werden. Sie schickt ihre Vizeparteivorsitzende Beata Szydło, die auch Dudas Wahlkampf geleitet hat, als Spitzenkandidatin ins Rennen.
- In der regierenden PO sitzt der Schock tief. Es herrscht Ratlosigkeit darüber, wie die Partei unter der Führung der Ministerpräsidentin Ewa Kopacz das Ruder noch herumreißen kann.
- Bei der Linken hat die vernichtende Niederlage ihrer Kandidat_innen die Einsicht gestärkt, dass sie nur durch Bündelung ihrer Kräfte, das heißt durch ein Wahlbündnis von SLD (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*, dt. Bund der Demokratischen Linken), Twój Ruch (dt. Deine Bewegung), den Grünen und weiteren linken Gruppierungen, ein Ausscheiden aus dem Sejm verhindern kann.

Noch im Januar hätte laut Umfragen der amtierende Staatspräsident Bronisław Komorowski die Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang für sich entschieden. Spätere Erhebungen wiesen zwar eine stetig sinkende Unterstützung für den amtierenden Staatspräsidenten aus, deuteten jedoch allesamt auf einen Sieg im zweiten Wahlgang hin. Vor diesem Hintergrund waren die Ergebnisse des ersten Wahlgangs eine große Überraschung. Der von der oppositionellen PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, dt. Recht und Gerechtigkeit) unterstützte und zuvor unbekannte Andrzej Duda besiegte Komorowski im ersten Wahlgang mit 51,55 zu 48,80 Prozent der Stimmen. Am 24. Mai stand dann fest, dass er das Amt des Staatspräsidenten Polens für die nächsten fünf Jahre übernehmen würde, denn im zweiten Wahlgang lag er mit 34,76 zu 33,77 Prozent der Stimmen knapp vor Komorowski.

Die seit acht Jahren in Koalition mit der PSL (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, dt. Polnische Volkspartei) regierende PO (*Platforma Obywatelska*, dt. Bürgerplattform) ist eine wirtschaftspolitisch liberale und weltanschaulich eher konservative Mitte-Rechts-Partei. Seit Parteichef Donald Tusk letztes Jahr das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates übernommen hat, kämpft die PO nun mit Premierministerin Ewa Kopacz an der Spitze gegen die schwindende Unterstützung für die Partei. An Kraft gewinnt dafür die oppositionelle, rechts-nationalistische PiS. Makroökonomische Daten zeigen, dass die polnische Wirtschaft in guter Verfassung ist und sogar trotz der Weltwirtschaftskrise weiter wächst. Gleichzeitig hält sich die Jugendarbeitslosenquote bei 20 Prozent; viele Arbeitnehmer_innen verdienen wenig, dazu oft auf Grundlage von sogenannten »Müllverträgen«, mit denen sie keine Aussichten auf Stabilisierung oder einen Kredit bei der Bank haben. Diese Stimmung der Entmutigung rächte sich nun an dem bis vor kurzem so beliebten amtierenden Staatspräsidenten.

Der Schock des ersten Wahlgangs

Eine noch größere Überraschung als der Sieg Dudas im ersten Wahlgang, bei dem insgesamt zehn Kandidat_innen antraten, bot das Ergebnis des Rockmusikers Paweł Kukiz mit 20,80 Prozent der Wählerstimmen. Der parteilose überzeugte mit seinen konservativen, rechtspopulistischen Ansichten vor allem junge Menschen (40 Prozent der Wähler_innen unter 40 Jahren) und wurde in den Medien als Anti-Establishment-Politiker dargestellt. Als

vollkommen neues Gesicht in der polnischen Politzene gewann er insbesondere bei der großen Gruppe der des Regierungslagers müden und gegenüber der Politik- und Medienelite misstrauischen Pol_innen durch die Authentizität seiner Botschaft und seine Leidenschaft.

Schon am Wahlabend des 11. Mai war klar, dass die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen in der zweiten Wahlrunde um die Wählerschaft von Paweł Kukiz kämpfen würden, dessen Hauptforderung die Einführung des Mehrheitswahlrechts war. Die Kompetenzen des Staatspräsidenten in Polen sind nicht sehr umfangreich: Er verfügt über ein Vetorecht und ein Initiativrecht, ist aber kein Hauptorgan der Exekutive. Das hinderte die Kandidat_innen jedoch nicht daran, während der Wahlkampagne umfangreiche Reformen zu fordern.

Bronisław Komorowski ging in die Offensive: Bereits am Tag nach dem ersten Wahlgang stellte er ein Referendum über Reformen der Wahlordnung und der Parteienfinanzierung in Aussicht. Des Weiteren kündigte er die Möglichkeit des Renteneintritts nach einer 40-jährigen Arbeitszeit (zuvor hatte die PO das Renteneintrittsalter auf das 67. Lebensjahr erhöht) sowie entschlossene Unterstützungsmaßnahmen für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt an. Davon unbeeindruckt stimmten die meisten Wähler_innen von Kukiz, 60 Prozent, im zweiten Wahlgang für Duda. Er war es nämlich, der in dieser Auseinandersetzung für Veränderung und eine Anti-Establishment-Haltung stand, obwohl er von einer Partei unterstützt wurde, die seit Jahren auf der polnischen Politikbühne präsent ist. Das von ihm über die gesamte Kampagne wiederholte Motto »Veränderung« kam bei denen an, die genug von der achtjährigen Regierungszeit der PO hatten, darunter ein Teil des linken Umfeldes, das entweder für Duda stimmte oder gar nicht erst zur Wahl ging und Komorowski so um wertvolle Stimmen brachte. Ein Großteil der Wähler_innen stimmte also nicht wirklich für Duda, sondern eher gegen Komorowski, genauer gesagt gegen die ihn unterstützende Regierungspartei.

Duda siegte auch dank einer wesentlich besseren Kampagne. Der sich aufgrund guter Prognosen schon lange vor der Wahl in Sicherheit wiegende Komorowski verhielt sich so, als ob er keine Idee für eine Kampagne hätte, und seine Kehrtwende nach dem verlorenen ersten Wahlgang wirkte unglaublich. Direkt nach der Wahl brach die Kritik über das Wahlkampfteam des Amtsinha-

bers herein. Dabei kamen die schlechte Vorbereitung und Koordinierung seiner Handlungen zum Vorschein.

Was Komorowski fehlte, besaß Duda im Überfluss: Seine Kampagne war besser vorbereitet, deutlich dynamischer und auch im Internet gut geführt, wodurch sie die jungen Menschen erreichte. Vor allem setzte der PiS-Kandidat auf den direkten Kontakt mit den Wähler_innen: Mit seinem Wahlkampfbus bereiste er das ganze Land, besuchte viele Kleinstädte und Dörfer, schüttelte Tausende von Händen und hörte sich die Probleme der Bürger_innen persönlich vor Ort an. So fuhr er u. a. auf dem Land deutliche Stimmengewinne ein. Seine Forderungen – Senkung des Renteneintrittsalters, Kampf gegen die sogenannten Müllverträge, finanzielle Unterstützung für kinderreiche und insbesondere ärmere Familien – fielen bei den Wähler_innen, die trotz guter Wirtschaftsleistungen des Landes um ihre Zukunft und insbesondere ihre Arbeitsplätze bangen, auf fruchtbaren Boden. Besonders im Kontrast zu dem Loblied auf die Errungenschaften des seit 25 Jahren freien Polens und der achtjährigen PO-Regierung von Komorowski, der mit abstrakten Schlagwörtern über Einvernehmen und Freiheit nicht geizte, schien das Programm von Duda viel mehr auf die realen Bedürfnisse der Bürger_innen zugeschnitten zu sein. Die Forderung nach einer Wiedereinführung des früheren Renteneintrittsalters stieß auf das Wohlwollen der Gewerkschaften: Die »Solidarność« unterstützte den PiS-Kandidaten offen und der Vorsitzende des Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverbands OPZZ sprach zwar offiziell keine Unterstützung aus, traf sich jedoch mit dem Kandidaten vor dem zweiten Wahlgang in Anerkennung seiner Forderungen. Zum Sieg verhalf Duda auch der unpopuläre PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński, der sich während der Kampagne im Hintergrund hielt. Duda selbst vermied unbeliebte Themen, die mit dem radikalen Flügel der PiS assoziiert werden: Er sprach nicht über das Flugzeugunglück bei Smoleńsk 2010 und er vermied allzu starke Angriffe auf den amtierenden Staatspräsidenten, wodurch er der Partei ein deutlich milderes Image verlieh. Viele der PiS gegenüber abgeneigten Wähler_innen mögen das Gefühl gehabt haben, dass sie Duda unterstützen und nicht die unbeliebte Partei von Jarosław Kaczyński.

Wer ist der neue Präsident?

Der 43-jährige Jurist war zu Zeiten der PiS-Regierung Vizejustizminister. Er arbeitete auch in der Kanzlei des Präsidenten von Lech Kaczyński. Gegenwärtig ist er Mitglied des Europäischen Parlaments. Bislang stand er nie im Vordergrund der Partei. Heute schreibt man seine Kandidatur dem politischen Genie von Jarosław Kaczyński zu, wobei bereits angemerkt wurde, dass man Duda bis zum ersten Wahlgang eher als einen jener »Ersatzkandidaten« betrachtet hatte, die die Bitterkeit der Niederlage absorbieren sollten, damit die Positionen der Chefs der großen Parteien vor den Parlamentswahlen im Oktober dieses Jahres nicht geschwächt werden. Bezüglich der Außenpolitik sprach der Kandidat von der Notwendigkeit einer größeren Eigenständigkeit Polens in der EU sowie von einer Stärkung der Zusammenarbeit mit der NATO angesichts der russisch-ukrainischen Krise. Konkretere Forderungen in diesem Bereich fehlten, auch zum Thema der deutsch-polnischen Beziehungen sprach sich der Kandidat nicht aus.

Mehr zum Thema der Außenpolitik des neuen Staatspräsidenten verriet einer seiner Mitarbeiter, der potenzielle künftige Minister für äußere Angelegenheiten in der Kanzlei des Präsidenten, Krzysztof Szczerski. Im Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« verkündete er zwei Wochen nach der Wahl, dass Andrzej Duda seine erste Auslandsreise als Staatspräsident nach Deutschland führen könnte. Szczerski stellte seine Erwartungen gegenüber dem westlichen Nachbarn vor: u. a. die Einwilligung zum Bau von NATO-Stützpunkten in Polen sowie »eine solche Anpassung der Klima- und Energiepolitik der EU, die den Erhalt der Kohleförderung in Polen ermöglicht«.

In seiner Siegesrede versprach Duda, alle Pol_innen zu repräsentieren und Trenngräben zuzuschütten. Einen Tag nach der Wahl gab er sein Parteibuch ab. Wie unabhängig von der PiS er als Staatspräsident tatsächlich sein wird, bleibt offen. Man darf annehmen, dass er das Image des von Parteizwängen unabhängigen Staatspräsidenten zumindest bis zu den Sejm- und Senatswahlen im Oktober dieses Jahres aufrechterhalten wollen wird.

Das sinkende Boot der PO

Die PO war auf eine solche Niederlage nicht vorbereitet und sieht sich nun mit der Möglichkeit des Machtverlusts bei den Herbstwahlen konfrontiert. Eine der Ideen, um der schwindenden Unterstützung der PO entgegenzuwirken, besteht in einer Öffnung hin zur linken Mitte. Namen ehemaliger SLD-Politiker wie Ryszard Kalisz oder Grzegorz Napieralski in den Wahllisten könnten im Kampf um das gewissermaßen verwaiste linke Elektorat eine Hilfe darstellen. Mit etwas Abstand zu den Wahlen kann man den Eindruck bekommen, dass die PO auch in dieser Hinsicht nicht auf die Niederlage Komorowskis vorbereitet war und nicht einmal skizzenhaft einen Plan B für die herannahende, wohl emotionalste Wahlkampagne der letzten Jahre parat hatte. Der Eindruck verfestigte sich auf dem PO-Parteitag am 20. Juni: Zwar wurde die Ministerpräsidentin Ewa Kopacz zur Spitzenkandidatin ausgerufen; aber die Debatte über Wahlprogramm und Kampagne wurde vertagt.

Niederlage der linken Kandidat_innen

Das Wahlergebnis der vom SLD (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*, dt. Bund der Demokratischen Linken) unterstützten Magdalena Ogórek war fatal – sie erhielt 2,5 Prozent der Stimmen. Einige Wochen vor der Wahl berichteten die Medien über den Konflikt der Kandidatin mit dem SLD sowie über interne Streitigkeiten zwischen den Parteifunktionär_innen, die Ogórek öffentlich zu kritisieren angingen. Nach den Wahlen gaben einige von ihnen offen zu, nicht für die SLD-Kandidatin gestimmt zu haben. SLD-Chef Leszek Miller distanzierte sich umgehend nach der Verkündung der Wahlergebnisse von Ogórek und verlautete dazu, dass die Kandidatin zu sehr ihre Unabhängigkeit unterstrichen habe und sich in ihrer Kampagne nicht auf traditionell linke Werte habe berufen wollen. Obwohl die meisten mit der Linken assoziierten Politiker_innen und Organisationen, darunter Altpräsident Aleksander Kwaśniewski und der *Kongres Kobiet* (Frauenkongress), in der zweiten Wahlrunde Komorowski unterstützten, tat Miller das nicht. Er deklarierte lediglich, dass linke Werte beiden Kandidaten fern seien und er daher keinen von ihnen unterstütze.

Ein Fiasko war auch die Kandidatur von Janusz Palikot, dem Repräsentanten der Partei *Twój Ruch* (dt. Deine Bewegung). Er erhielt lediglich 1,5 Prozent der Wähler-

stimmen. Palikot, ein ehemaliges PO-Mitglied, gründete seine eigene Partei vor den Wahlen 2011 und erzielte einen großen Erfolg, indem er mit 10 Prozent der Wählerstimmen mit seiner Partei in den Sejm einzog. Innerhalb von vier Jahren vergeudete er jedoch dieses Potenzial aufgrund zahlreicher interner Konflikte. Zwei weitere politische Persönlichkeiten des linken Spektrums – die stellvertretende Sejmarschallin Wanda Nowicka (ehemals *Twój Ruch*) und Anna Grodzka (die Grünen, davor *Twój Ruch*) scheiterten daran, 100.000 Stimmen für die Registrierung ihrer Kandidaturen zu sammeln.

Nach den misslungenen Kommunalwahlen im Herbst 2014 und der letzten Niederlage bestehen Befürchtungen, dass dem SLD im Herbst nicht einmal der Einzug in den Sejm gelingen könnte. Auf dem Nationalrat der Partei, der eine Woche nach den Wahlen stattfand, wurde beschlossen, dass der SLD sich bemühen werde, vor den Parlamentswahlen eine Koalition von Linksgruppierungen zu schmieden. Zwar legte Leszek Miller sein Amt als Parteivorsitzender nicht nieder, doch designierte er mit der Vizevorsitzenden der Partei, Paulina Piechna-Więckiewicz, eine junge Politikerin zur Leiterin des Teams, das das neue Parteiprogramm erarbeiten soll. Sie symbolisiert den Flügel der Partei, der das vorherige, kommunistische System nicht miterlebte und seine sozialdemokratische Identität in den letzten Jahren ausprägte. Auf diese Weise versucht der SLD seine Glaubwürdigkeit wieder aufzubauen. Auch wenn es ihm gelingt, Koalitionspartner anzuwerben, setzt sich der SLD dennoch einem Risiko aus, denn für Koalitionen liegt die Sperrklausel nicht bei fünf, sondern bei acht Prozent. Mitte Juni kam es zu einem ersten Treffen verschiedener linker Gruppierungen und des SLD unter dem Dach des Gewerkschaftsbundes OPZZ, um sich auf eine Einigung der Linken für die Parlamentswahlen zu verständigen. Unter der Leitung einer der beiden Vorsitzenden der Partei *Twój Ruch*, Barbara Nowacka, wurde ein politisches Komitee gegründet, das ein gemeinsames linkes Wahlprogramm ausarbeiten soll.

Alle Macht in den Händen der PiS?

Der Wahlsieg von Andrzej Duda durchbrach die Serie der von der PiS verlorenen Wahlen und stärkte den Appetit auf einen Sieg bei den im Herbst stattfindenden Wahlen zum Sejm und Senat. Die Wahlkampfstrategie für den Herbst steht bereits fest: Sie ist eine Replik der erfolgreichen Kampagne von Andrzej Duda. Auf ihrem Parteitag



am 20. Juni kürte die PiS ihre Vizeparteivorsitzende Beata Szydło, die auch Dudas Wahlkampf geleitet hatte, zur Spitzenkandidatin für die Parlamentswahl. In ihrer Rede auf dem Parteitag wiederholte Szydło die sozialen Versprechungen Dudas. Laut den Umfragen seit der Präsidentschaftswahl wird die PiS gewinnen und die PO stark geschwächt werden. Die Bewegung von Paweł Kukiz wird wahrscheinlich zu einem neuen starken Akteur auf der politischen Bühne. Kukiz will seine Unterstützung bei den Präsidentschaftswahlen jetzt in Parlamentssitze umwandeln. Seine starke Position kommt der PiS gelegen, die sich mit der neuen Partei wahrscheinlich als Koalitionspartnerin einig würde. Vor den Präsidentschaftswahlen gab es noch Prognosen, dass die PiS selbst im Falle eines knappen Wahlsiegs keinen Partner für eine Koalition finden und eine solche stattdessen erneut von der PO gebildet würde.

Die Präsidentschaftswahlen in Polen zeigten jedoch, wie irrig die Annahme war, dass die polnische Politszene einbetoniert sei und es keinen Raum für neue Akteure gebe. Vor allem zeigten sie auch, wie groß das Ausmaß der Unzufriedenheit und des Missmuts gegenüber den gegenwärtig Regierenden unter den Wähler_innen ist. Politiker_innen und Kommentator_innen blicken nun auf die jungen Menschen, die zunächst für Kukiz und dann für Duda stimmten. Ihre Stimmen waren die des Protests. In Polen neigt das gegen das System gerichtete Elektorat, anders als in Griechenland oder Spanien, eher rechtspopulistischen statt linkspopulistischen Gruppierungen zu.



Über die Autoren

Roland Feicht ist Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

Dr. Barbara Szelewa ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.